



Prof. Dr. Helge Braun
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister

Prof. Dr. Helge Braun, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Frau
Dr. Christina Gabel
Beethovenstraße 44

35440 Linden

Lieber Herr Stahl!
Zu Ihrer Information
mit bestem Gruß
Ihre
Christina Gabel

Berlin, den 08. Juni 2018
Bezug:

Prof. Dr. Helge Braun, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-79379
Fax: +49 30 227-76954
helge.braun@bundestag.de

Bürgerbüro Gießen:
Spenerweg 3
35394 Gießen
Telefon: +49 641-41056
Fax: +49 641-41054
giessen@helge-braun.de

Bürgerbüro Vogelsberg:
Hofwiesenweg 5a
36304 Alsfeld
Telefon: +49 6631-2558
Fax: +49 6631-3066
vogelsberg@helge-braun.de

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister

Bürgerkrieg in Kamerun

Sehr geehrte Frau Gabel,

vielen Dank für Ihr Telefax vom 4. April mit dem Sie auf die derzeitige Situation in Kamerun hinweisen.

UN-Generalsekretär Guterres hat hierzu bereits mit Kameruns Präsident Paul Biya Gespräche geführt. Jedoch möchte die kamerunische Regierung derzeit keine Vermittlungsangebote von Drittstaaten annehmen und betrachtet diesen Konflikt als "innerstaatliche Angelegenheit".

Deutschland setzt sich weltweit beharrlich für die Menschenrechte ein. Denn das Engagement für die Menschenrechte ist nicht nur ein Grundwert unserer Außenpolitik – es dient auch deutschen Interessen. Unverzichtbarer Teil einer engeren Partnerschaft mit Afrika ist es daher, afrikanische Ansätze für mehr Frieden und Stabilität auf dem Kontinent zu stärken. In diesem Sinne wird die Bundesregierung ihre langjährige Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und anderen regionalen Organisationen für eine starke afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur fortführen. Maßnahmen zu Grenzmanagement und Polizeiaufbau tragen dazu bei, Grenzkonflikte zu reduzieren und staatliche Legitimität zu stärken.

Die kritische Lage in den Regionen Südwest und Nordwest Kameruns wird regelmäßig von der Bundesregierung und ihren Partnern bei Gesprächen mit kamerunischen Regierungsvertretern angesprochen. Dabei wird auf die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Standards gedrängt. Zudem war die Lage in den anglophonen Regionen am 16. Januar ein Thema des politischen Dialogs der Europäischen Union und seiner Mitgliedsstaaten mit der Regierung Kameruns nach Artikel 8 des Vertrages von Cotonou.



Die Bundesregierung wird, im Verbund mit den EU-Partnern, weiterhin gegenüber der Regierung auf einen auf Verständigung und Ausgleich ausgerichteten Dialog mit Vertretern der anglophonen Kameruner anmahnen.

Mit freundlichen Grüßen

76
Kerstin Franke